

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

14.9.1913 (No. 251)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 251

Sonntag, den 14. September 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Strasse Nr. 14 (Fernsprech-
anschluss Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P;
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P
Einkaufsgebühr: die 6mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Druckfaden und Manuskript
werden nicht zurückgegeben und es wird keiner-
lei Berücksichtigung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich unter dem 4. September 1913 gnädigst bewo-
gen gefunden, die folgenden Auszeichnungen zu verleihen:

A. vom Orden vom Zähringer Löwen:

1. das Kommandeurkreuz zweiter Klasse:
dem Fürstlich Hohenzollernschen Hofkammerpräsidenten,
Königlichen Kammerherrn Heinrich Grafen Adelm-
mann von Adelmansfelden in Sigmaringen;
2. das Ritterkreuz erster Klasse mit Eichenlaub:
dem Fürstlich Hohenzollernschen Geheimen Hofrat Pro-
fessor Gröbels, Direktor der Sammlungen und der
Bibliothek daselbst;
3. das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub:
dem Königlich Preussischen Hauptmann Zimmer, Kom-
pagnieführer an der Unteroffiziersvorschule Sigmaringen;
4. das Ritterkreuz zweiter Klasse:
dem Königlich Preussischen Oberleutnant von Detten,
persönlichen Adjutanten Seiner Königlichen Hoheit des
Fürsten von Hohenzollern,
dem Königlich Preussischen Oberleutnant Niedel Frei-
herrn zu Eisenbach, kommandiert zu Seiner Königlichen
Hoheit dem Fürsten von Hohenzollern, und
dem Fürstlich Hohenzollernschen Hofintendanten Harter
in Sigmaringen;

B. das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen:
dem Fürstlich Hohenzollernschen Hofgärtner Stajp und
dem Kammerdiener Karl Dör in Dienste Ihrer Kö-
niglichen Hoheit der Fürstin-Mutter von Hohenzollern;

C. Verdienstmedaillen:

1. die kleine goldene:
dem Kammerdiener Leude und
dem Maschinenmeister Failer in Dienste Seiner Kö-
niglichen Hoheit des Fürsten von Hohenzollern;
2. die silberne:
dem Lakaien Danner und
dem Kaffeldiener Leven in demselben Dienste,
dem Palastdiener Reholz in Dienste Ihrer Kö-
niglichen Hoheit der Fürstin-Mutter von Hohenzollern sowie
dem berittenen Oberwachtmeister Schinker und
dem berittenen Wachtmeister Meyer I. von der 8. Gen-
darmeriebrigade in Sigmaringen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben Sich unter dem 29. August 1913 gnädigst bewo-
gen gefunden, dem königlichen Wagenwärter Vinzenz
Hacull in München die silberne Verdienstmedaille zu
verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben unterm 1. September 1913 gnädigst geruht, den
Obereisenbahnsekretär Adolf Thoma in Karlsruhe zum
Oberrevisor und den Oberrevisor Wilhelm Meyer in
Freiburg zum Obereisenbahnsekretär zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben unter dem 28. August 1913 gnädigst geruht, mit
Wirkung vom 1. Februar 1913 ab den Postinspektor
Friedrich Koch aus Basel zum Vize-Postdirektor bei dem
Postamt I in Mannheim zu ernennen, sowie dem Post-
meister Joseph Berger aus Wiesloch auf 1. Oktober
1913 die Vorsteherstelle des Postamts II in Hohenheim
zu übertragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog
haben unter dem 1. September 1913 gnädigst geruht,
mit Wirkung vom 1. November 1913 ab den Postmeister
Otto Wagenbach aus Siegelbach, Amt Sinsheim,
zum Ober-Postsekretär beim Postamt Konstanz und mit
Wirkung vom 1. Oktober 1913 ab den Postmeister Anton
Reichle aus Heinstetten, Amt Meßkirch, zum Post-
meister in Furtwangen zu ernennen; ferner mit Wir-
kung vom 1. Oktober 1913 ab den Ober-Postsekretär
Karl Rieger aus Mannheim vom Postamt 1 in Karls-
ruhe zum Postamt 2 (Hauptbahnhof) zu versetzen.

Das Ministerium des Innern hat unterm 8. Septem-
ber 1913 den charakteristischen Polizeikommissär Tobias
Reiß beim Bezirksamt Mannheim zum etatmäßigen Po-
lizeikommissär (Beh.-M. II) ernannt.

Das Ministerium des Innern hat unterm 10. Sep-
tember 1913 die Revisionsassistenten Friedrich Grab, Otto

Hertenstein, Emil Graf, Karl Frey und Paul Schmid
bei der Landesversicherungsanstalt Baden zu Revisoren
und den Aktuar Heinrich Schöpf daselbst zum Verwal-
tungssekretär ernannt.

Die Zoll- und Steuerdirektion hat unterm 29. August
1913 den Revisor Friedrich Göhmann in Karlsruhe unter
Ernennung zum Steuerkontrollleur nach Tauberbischofs-
heim und unterm 4. September 1913 den Finanzsekretär
Otto Bollmer in Pforzheim nach Heidelberg versetzt.

Mit Entschliebung Großh. Generaldirektion der Staats-
eisenbahnen vom 9. September 1913 wurde Oberstations-
kontrollleur Oskar Bäurle in Schiltach zur Eisenbahn-
hauptkasse in Karlsruhe versetzt.

Das Badische Staatsschuldbuch betr.

Der Kurs für Voreinzahlungen auf 4prozentige Buch-
schulden beträgt bis auf weiteres 97,70 M. für 100 M.
Buchschuld.

Karlsruhe, den 13. September 1913.

Großh. Staatsschuldenverwaltung.

Nicht-Amtlicher Teil.

Vor hundert Jahren

14. September. Gefechte bei Kollendorf und Hellenhof (Böh-
mische Hauptarmee).

Karlsruhe, 13. September.

* Politische Wochenrückblicke.

Schluß der Kaisermanöver.

Die Kaisermanöver in Schlessien sind beendet.
Mann und Pferd haben wieder die Probe ihrer Lei-
stungsfähigkeit, unter zum Teil schwierigen Verhält-
nissen, abgelegt. Der Kaiser hat die Leistungen der Trup-
pen, deren Frische auch von anderer Seite gerühmt wird,
anerkannt und der Bevölkerung für Aufnahme und Ver-
pflanzung seinen Dank ausgesprochen. Die Leistung der
großen Herbstübungen liegt bei uns bekanntlich in den
Händen des großen Generalstabs; auch die Leiter des
österreich-ungarischen und des italienischen General-
stabs haben dies Mal den Übungen beigewohnt.

Deutschland und Griechenland.

An Ansprachen, die der deutsche Kaiser und der König
von Griechenland bei dessen Eintreffen in Potsdam ge-
legentlich der Überreichung des Feldmarschallstabes ge-
halten haben, ist der militärische Charakter nicht zu ver-
kennen. Der König von Griechenland hat als Soldat der
Ausbildung und der Anregungen gedacht, die er in jungen
Jahren bei einem preussischen Regiment, auf der Kriegs-
akademie zu Berlin und in dem Verkehr mit dem preus-
sischen Generalstabe empfangen habe. Seine Worte sind
im militärischen Kreise gefallen. Von Politik ist darin
nichts enthalten, auch nichts von der Mission des franzö-
sischen Generals Eydoux in Griechenland. Die politischen
Kombinationen, die von französischer Seite an den Vorgang
geknüpft worden sind, sind auf deutscher Seite in dieser
Weise gar nicht ins Auge gefaßt worden. In Deutschland
sieht man durchaus ein, daß Griechenland ein Interesse
daran hat, auch zu Frankreich die besten Beziehungen zu
unterhalten, und denkt nicht daran, ihnen im Wege zu
stehen.

Die Balkanlage.

Die Verhandlungen zwischen der Türkei und Bul-
garien schreiten nur recht langsam fort. Ein entschei-
dender Erfolg ist von den Unterhändlern bisher nicht er-
zielt, doch besteht die Erwartung nach wie vor, daß eine
Einigung gelingt, mit der beide Nationen sich abfinden
werden. Die Lage bot anscheinend keinen Anlaß zu di-
rekter offizieller Einwirkung der Mächte. Wenn dieser
Tage die Mächte einen Kollektivschritt bei Griechenland
unternahmen, so handelte es sich hierbei nur um die nach-
trägliche Mitteilung von Entscheidungen der Londoner
Botschafterkonferenz, die sich auf die Abgrenzung Alba-
niens nach Süden und Südosten bezogen. Für die tech-
nische Festlegung der Grenze ist eine internationale
Grenzkommision bestimmt, deren Mitglieder von den
Mächten ernannt werden. Diese Kommission ist in der
Bildung begriffen, hat aber ihre Arbeit noch nicht auf-
genommen.

Der Unfall des Marineluftschiffes.

Von unterrichteter Seite erfahren wir zu dem Unfall
der das Marineluftschiff „L. 1“ bei Helgoland zerstörte
und vielen braven Seeleuten das Leben kostete, noch fol-
gendes: Über die Umstände des Unfalls des Luftschiffes
„L. 1“ sind rasch Meldungen verbreitet worden, die den
Anschein der Exaktheit an sich trugen, aber doch nicht zu
treffend waren. Es ist behauptet worden, die dienstlich
an das Luftschiff erteilten Befehle seien die Ursachen des
Unfalls gewesen. Dem Kommandanten des Luftschiffes
sind aber keine Befehle erteilt worden, durch die ein
Auftrag oder ein Übungszweck über die Rücksicht auf die
Sicherheit des Schiffes gestellt worden wäre. Dem Kom-
mandanten war vielmehr Entscheidungsfreiheit gelassen;
er konnte aufsteigen und heruntergehen, kurz er konnte
machen, was er wollte, und hat das auch getan. Es ist
richtig, daß der an Bord anwesende und mitverunglückte
Kapitän Mehling als Kommandeur der Luftschiffab-
teilung dienstlicher Vorgesetzter des Luftschiffführers war.
Er hat aber nicht in die Maßnahmen des Führers hinein-
geredet, wie in einer Tageszeitung behauptet wor-
den ist. Grundfänglich hat der Führer des Schiffes wäh-
rend der Fahrt den Befehl und die Verantwortung.

Das Verhalten des Luftschiffes, mit Ausnahme des
letzten unglücklichen Abschnitts, ist also nach dem pflicht-
gemäßen Ermessen des Luftschiffführers erfolgt. Hier ist
der Umstand zu berücksichtigen, daß von der Hamburger
Seewarte Sturm angefangen sein soll. Man müßte also die
Frage aufwerfen, wie es möglich ist, daß ein bekann-
ter erfahrener und vorsichtiger Führer trotz einer sol-
chen Sturmwarnung eine Fahrt unternimmt und sie ziem-
lich lange ausdehnt. Das Luftschiff hat, das steht fest, von
der Flotte Wetternachrichten erhalten. Der Führer wird
auch selbst die Wetterwand gesehen haben, aber er wird
sich zunächst gesagt haben, daß die Gefahr noch nicht nahe
sei. Wir haben die Wissenschaft der Meteorologie, aber
die Wettervorhersagen treffen nicht immer ein. Auf
Grund richtig beobachteter Anzeichen wird schlecht Wet-
ter angefangen, aber es bleibt gut Wetter und umgekehrt.
Ein Meteorologe hat unseres Wissens den Prozentfuß
der richtigen Anzeigen auf etwa 70 vom Hundert ange-
geben; das ist noch weniger, als es scheint, da bei blindem
Raten sich nach dem Gesetz der Wahrscheinlichkeit
auch schon 50 Proz. richtige, 50 Proz. falsche Anzeigen er-
geben würden. So lange wir nicht jeweils genau über
die Luftdruckverteilung auf dem „Atlantischen“ unter-
richtet sind, ist eine bedeutende Besserung nicht zu erwar-
ten, wenn auch Fortschritte gemacht worden sind. Man
kann annehmen, daß ungefähr so auch der Führer des
Luftschiffes „L. 1“ gedacht hat. Ob daraus ein Verschulden
herzuleiten ist, soll hier nicht erörtert werden. Daß der
Ausgang seinen Schätzungen nicht recht gegeben hat, kann
ja nicht bestritten werden.

Über Ballast und Höhe der Fahrt sind ebenfalls falsche
Nachrichten verbreitet worden. Nicht in 1500, sondern in
500 Meter Höhe hat das Schiff sich gehalten; nicht 500
bis 700 Kilogramm Wasserballast hat es gehabt, sondern
ungefähr das Dreifache. Es hat dann alles abgegeben,
was es konnte, auch Gerat. Der letzte Abschnitt hat sich
folgendermaßen vollzogen: der Führer wollte dem ein-
brechenden Wetter ausweichen, was bei der Schnellig-
keit, die das Schiff vor dem Winde erreicht, bei anderen
Umständen möglich ist. Das Wetter kam schneller, als
erwartet, der Wind sprang um und Vertikalböen, die
gewöhnlich über dem Wasser nicht so schlimm auftreten,
wie auf dem Lande, namentlich über dem Gebirge, setz-
ten ein. Sie haben das Schiff so hin- und hergeworfen,
daß es dem Steuer nicht mehr gehorchte. Nach dem (von
der „Karlsruh. Ztg.“ bereits veröffentlichten) amtlichen Be-
richt wurde schließlich das Schiff mit der Spitze auf die
Wasseroberfläche herabgeworfen, durch den heftigen Anprall
mehrfach in der Mitte durchbrochen und zum Sinken ge-
bracht. Bis auf weiteres ist nicht einzusehen, daß gegen-
über einer dieser elementaren Einwirkungen, die das
Schicksal des „L. 1“ besiegelten, ein Luftschiff anderen
Systems, etwa ein unstarres, widerstandsfähiger ge-
wesen wäre.

Die Luftschiffahrt, die Flotte und ganz Deutschland
beklagt den Verlust blühender Menschenleben und einer
hervorragend ausgebildeten Besatzung. Der Führer,
Kapitänleutnant Ganze, war von der Delag durch Dr.
Edner ausgebildet und hatte bereits mehr als hundert
Fahrten über Land und See ohne jeden Unfall gemacht

Er zeichnete sich durch Unvorsicht und Kaltblütigkeit aus und trug der Eigenart des Luftschiffs durch große Vorsicht Rechnung. Kapitän Weging hatte die meisten Fahrten des „L. 1“ mitgemacht. Auch die übrigen Insassen waren ausgebildete, unterrichtete und erfahrene Luftschiffer. Ihr Tod ist daher ein schwerer Verlust für das Marine-Luftwesen.

Der belgische Massenstreik als Vorbild.

Die deutsche Sozialdemokratie beschäftigt sich lebhaft mit dem Gedanken des Massenstreiks. Sie hatte nun das Bestreben, sich über den letzten praktischen Versuch in Belgien, der von ihr als ein erfolgreicher, zum mindesten als teilweise erfolgreich, betrachtet wird, nochmals eingehend zu unterrichten. Als Sachmänner waren die sozialdemokratischen Mitglieder der belgischen Kammer, Gysmans, Sekretär des Internationalen Bureau der Sozialdemokratie, und Wandersmissen, Sekretär der belgischen sozialdemokratischen Partei, nach Berlin berufen worden. In einer geschlossenen Versammlung am 12. September sollten diese über die Vorbedingungen eines politischen Streiks, sowie über die allgemein-politischen und organisatorischen Voraussetzungen, die in Belgien gegeben waren, sprechen. Die Organisation der Veranstaltung lag in den Händen des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend, dessen Vorsitzender Ernst ist. Auch wenn zugegeben werden muß, daß wir nicht über alle Handlungen der Sozialdemokratie unterrichtet sind, so kann doch dieses Unternehmen als ganz ungewöhnlich bezeichnet werden. Kurz vor dem großen Parteiparlament ein ebenfalls sehr großes geschlossenes Parlament! Auf die Zahl der Besucher, die man erwartete, läßt die Wahl des großen Lokals „Neue Welt“ in der Hakenheide bei Berlin einen Schluß zu. Von bürgerlicher Seite wird berichtet, daß die Zahl der Teilnehmer sich auf rund 3000 belaufen würde. Aus derselben Quelle kam die Nachricht, daß nur solche Besucher zugelassen würden, die sich durch eine von dem sozialdemokratischen Verbandsbureau ausgebenen Eintrittskarte ausweisen vermöchten. Wenn nun der „Vorwärts“ behauptet, die Veranstaltung sei keineswegs geheim gehalten worden, so ist das wohl ein Spiel mit Worten. Hätte die Sozialdemokratie gekonnt, so hätte sie die Versammlung gewiß gerne geheim gehalten; bei einer so großen Zahl von Teilnehmern mag sie allerdings damit gerechnet haben, daß etwas durchsickerte. Das Berliner Polizeipräsidium hat nun die Verhinderung durch die beiden Ausländer verboten und bei einem Verjahren, dem zuwiderzuhandeln, die sofortige Landesverweisung in Aussicht gestellt. Diese entschlossene Maßregel wird bekanntlich in allen Staaten angewandt. Sie entspricht sicherlich nicht dem Gastrecht, das man gerne Fremden gewähren würde, aber ist doch geeignet, das Verhältnis zu fremden Staaten vor Störungen zu bewahren. Denn daß in weiten Kreisen des Völkertums Unmut über eine nach Deutschland getragene Agitation zugunsten des Massenstreiks entstehen und sich gegen das andere Land wenden könnte, kann nicht bestritten werden. In welchem Sinne die Belgier über ihren Massenstreik gesprochen hätten, kann man aus der Stellung, die sie dabei einnehmen, ungefähr folgern; ob die gesamte Veranstaltung dem Gedanken des Massenstreiks in Deutschland Förderung gebracht hätte, läßt sich ohne weiteres nicht sagen. Vielleicht erfährt man noch Näheres. Von der Sozialdemokratie ist schon angekündigt, daß die Vertrauensmänner der Partei trotz politischer Einschreitens erfahren würden, was die belgischen Genossen zu sagen hätten.

Die Schrift Noeren's.

Die bald nach der Weher Generalversammlung der Katholiken erschienene Schrift des ehemaligen Reichstagsabgeordneten, Oberlandesgerichtsrats a. D. Hermann Noeren: „Zentrum und Kölner Richtung“ (Trier, Petrusverlag 1913) wird naturgemäß in der Öffentlichkeit eifrig erörtert. Der Grundgedanke Noeren's ist bekannt, denn Noeren sieht schon seit Jahren dafür. Dieser Gedanke lautet: die Tätigkeit des Zentrums soll sich grundförmlich im Einklang mit den Lehren der katholischen Kirche halten. Noeren freilich behauptet in der neuen Schrift: wohl selten hätten Entstellungen und Verdunklungen eine solche Rolle gespielt, wie in dem gegenwärtigen Streite; nach den Erfahrungen, die er bis in die jüngste Zeit fast täglich zu machen Gelegenheit habe, könne er behaupten, daß 90 Prozent aller derjenigen, die der Kölner Richtung zugerechnet würden, nicht wüßten oder doch eine falsche Auffassung darüber hätten, um was sich denn eigentlich der Streit drehe. Diese Äußerung ist geeignet, Verwunderung hervorzurufen. Diejenigen Parteien und überhaupt derjenige Teil der Öffentlichkeit, der weder zur Kölner noch der Berliner Richtung gehört, hat Noeren's Bestreben schon früher so verstanden, wie Noeren ihn von neuem definiert. Die Noeren'sche Anschauung, daß das Zentrum seine Tätigkeit im Einklang mit den Lehren und Organen der Kirche zu halten habe, ist so einfach und klar, daß sie an die Fassungskraft nicht zu große Anforderungen stellt. Es wird dieser Anschauung von gegnerischer Seite auch gern bescheinigt, daß sie logisch und ehrlich sei; um dieser Eigenschaften willen wird ihr sogar Sympathie bezeugt. So schrieb der sozialdemokratische „Vorwärts“ noch in den letzten Tagen: „... die Richtung Berlin-Trier sucht beides (Zentrum und Kirche) zu konservieren, indem sie im Bunde mit Rom die Kirche und ihre Gläubigen möglichst streng von der Umwelt abschließt und dem modernen Geist den Krieg hier aufs Messer erklärt. Diese Richtung ist die weitaus konsequenter und ehrlichere, sie hat Grundzüge.“

Es liegt in der Natur der Dinge, daß von der anderen, der Kölner Seite, nicht eine so einfache Definition des

eigenen Strebens gegeben werden kann. Die Kölner Richtung wird schwerlich erklären, daß nach ihrer Ansicht die Politik des Zentrums nicht grundförmlich im Einklang mit den katholischen Prinzipien zu stehen brauche. Noeren gibt zwar diese Definition von den Anschauungen der Gegenseite und sagt weiter, daß sie die Tendenz habe, „die katholische Grundlage der wichtigsten Organisationen deutscher Katholiken zu beseitigen und durch eine sogenannte allgemein-christliche Basis zu ersetzen“, aber diese Formulierung ist von der anderen Seite nicht anerkannt worden. Nach der Noeren'schen Schrift ist noch keine umfassende Kundgebung erschienen, die die Ansichten der anderen Seite autoritativ formuliert. Auch die vergangene Woche hat eine solche Kundgebung nicht gebracht.

Innerhalb der klaren, straffen Stellungnahme Noeren's erscheint es wie ein Zugeständnis an die Taktik und wie ein Schritt vom Wege, daß er die Bezeichnung „konfessionell“ auch von der Zentrumsseite, wie er sie sich wünscht, abwenden möchte. Er gibt sich viel Mühe, darzulegen, daß ein Zentrum nach seinem Herzen keine konfessionelle Partei sei. Damit tritt er zu dem Sprachgebrauch in Gegensatz. Es ist nicht abzusehen, warum der Sprache verwehrt werden soll, eine Partei, die sich grundförmlich im Einklang mit der katholischen Kirche halten soll und will, konfessionell-katholisch, eine entsprechende andere konfessionell-protestantisch, konfessionell-jüdisch, konfessionell-mosaisch usw. zu nennen. Der Ausdruck „konfessionell“ ist Noeren unbequem, seine Darlegungen dazu sind aber so spitzfindig, daß sie in Kürze gar nicht wieder gegeben werden können.

Überhaupt ist die Schrift im einzelnen nicht so schlicht und großzügig, wie der Grundgedanke. Dem Verfasser kommt es darauf an, seine Ansicht durch Zeugnisse aus der Geschichte des Zentrums zu begründen und sich zu weiteren Äußerungen, auch zu Äußerungen der Tagespresse in Beziehung zu setzen. Dadurch tritt erfahrungsgemäß leicht eine Verzettlung ein, während der Grundgedanke Noeren's sich gewiß auch auf weltgeschichtlichen Hintergründe entwickeln ließe.

Die Eröffnung des neuen badischen Personenbahnhofs in Basel.

Mit der Inbetriebnahme des neuen badischen Personenbahnhofs in Basel ist ein neuer wichtiger Markstein in der Entwicklung des badischen Eisenbahnwesens errichtet worden. Diese Auffassung trat in der Anerkennung und Freude der zur Eröffnungsfeier geladenen Gäste allerorts zutage, insbesondere kam sie in den Worten des Finanzministers Dr. Heinholt zum Ausdruck, der die hohe Bedeutung des Personenbahnhofs Basel für das badische Eisenbahnsystem würdigte und die altbewährte Vertragstreue und freundschaftliche Gesinnung der Schweiz betonte, auf die vertrauensvoll der badische Staat seit Mitte vorigen Jahrhunderts in seinen Eisenbahnangelegenheiten die Schweiz festgelegt und in der Schweiz Beamten und Arbeiter in der Schweiz angesiedelt hat. Mit dem wärmsten Dank für das Entgegenkommen der Schweiz verknüpfte der Finanzminister den Ausdruck der Genugtuung darüber, daß Baden in dem Vertrags- und Freundschaftsverhältnis nicht nur der Regierende, sondern auch der Gebende gewesen sei, indem es durch seine Bahnanlagen zu der Entwicklung Basels nicht unwesentlich mit beigetragen habe. Der Redner gab zum Schluß im Sinne des Großherzogs dem Wünsche Ausdruck, daß das bisherige, auf gegenseitiges Vertrauen sich stützende Freundschaftsverhältnis zum beiderseitigen Nutzen auch fernerhin bestehen und daß bis in die fernste Zukunft über dem schönen Schweizerlande und der ruhmreichen Stadt Basel ein günstiger Stern wachen möge. Im Namen des Schweizerischen Bundesrats sprach Regierungsrat Speiser aus Basel Wortewarmen Dankes aus, die in einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Großherzog gipfelten. In einer Reihe von weiteren Ansprachen wurden der Leistung des badischen Eisenbahnwesens Lob und Anerkennung gesollt und der Hoffnung auf das fernere gute deutsch-schweizerische Einvernehmen Ausdruck gegeben. In den badischen Blättern und auch in der außerbadischen Presse wurden die Bedeutung und der Wert des von der badischen Regierung geschaffenen Wertes in vielen Artikeln voll warmer Anerkennung gewürdigt. Man darf die zuversichtliche Hoffnung hegen, daß alle an die Errichtung der neuen Anlagen geknüpften Wünsche in reichem Maße in Erfüllung gehen werden.

Politische Übersicht.

Der Kaiser und die Kriegervereine.

Die 14. Vertreterversammlung des Kyffhäuser-Bundes der deutschen Landes-Kriegervereine hat an den Kaiser folgende Telegamm geschickt:

„Der Vertretertag des Kyffhäuserbundes der deutschen Landes-Kriegervereine, zum ersten Male unter dem beglückenden Protektorat Euer Kaiserlichen Majestät versammelt, dankt alleruntertänigst für Euer Majestät gnädige Guld mit der ehrfurchtsvollen Bitte, die Erneuerung des Kreuzabzeichens an den Stufen des Thrones niederlegen zu dürfen, daß die deutschen Landes-Kriegervereine ihren Fürsten und ihrem eigenen Vaterlande treu ergeben, allezeit feststehen werden zu Kaiser und Reich.“

Darauf ist dem Generalleutnant z. D. von Winneberger telegammisch folgende Antwort zugegangen:

„Spreche dem Vertretertag des Kyffhäuserbundes der deutschen Landes-Kriegervereine für die freundliche Begrüßung meinen wärmsten Dank aus. Die freudige und begeisterte Teilnahme der deutschen Kriegervereine an allen vaterländischen Gedenkfeiern dieses Jahres hat mir erneut gezeigt, welche lebendige Erinnerung an die Heldentaten unserer Väter in den Vereinen gepflegt wird. Mögen die erhabenen Beispiele jener großen Zeiten die alten und jungen Kameraden immer von neuem anfeuern, ihnen in treuer Pflichterfüllung und in

Verletzung vaterländischer und kameradschaftlicher Gesinnung nachzueifern!
W i l h e l m R.“

Der Untergang des Marineluftschiffs „L. 1“.

Über die Ursache des Unglücks, das das Marineluftschiff betroffen hat, geben dem „W. T. V.“ die folgenden am 11. d. M. ausgehenden Nachrichten zu: In der Öffentlichkeit ist von sachverständiger Seite unter Benutzung nichtamtlicher Zahlen die Ansicht entwickelt worden, daß die Katastrophe des Marineluftschiffes „L. 1“ durch Überlastung und erst in zweiter Linie durch die vertikale Luftbewegung verursacht worden ist. 1200 bis 1500 Kilogramm Ballast werden dabei als reichlich bezeichnet bei nicht gerade abnorm ungünstigen meteorologischen Verhältnissen. Nun hatte „L. 1“ 1800 Kilogramm Ballast an Bord, außerdem 2300 Kilogramm Benzin und 200 Kilogramm Öl, die bei dem Unfall ebenfalls als Ballast verwendet wurden, soweit die technischen Einrichtungen dies zuließen. Der durch die Strahlungswärmung des Gases verursachte Auftriebsverlust war geringer, als in den öffentlichen Berechnungen angenommen worden ist. Die Übertemperatur des Gases war nicht bedeutend, dagegen war die Höhe, bis zu der das Luftschiff durch vertikale Böen gerissen wurde, nämlich 1500 Meter, und dementsprechend die geeignete Überlast, die durch Ballastabgabe oder dynamisch auszugleichen war, sehr viel größer, als öffentlich angenommen wird. Sonach ist in der Belastungsverteilung äußerst vorsichtig verfahren worden, aber die unborgesehene Gewalt des Wetters machte jede Vorsicht zu schänden. Der Unfall ist mithin durch vertikale Böen veranlaßt worden, nicht durch einen Fehler in der Belastungsverteilung bei der Abfahrt.

Das vom Kaiser anlässlich der Zerstörung des Marineluftschiffes an den Chef der Hochseeflotte gerichtete Telegramm hat folgenden Wortlaut: „Ich bin über den Verlust des Luftschiffes tief erschüttert und spreche dem Flottenkommando meine aufrichtige Teilnahme aus. Die braven Kameraden, welche in treuer Pflichterfüllung ihr Leben verloren, verdienen, daß ihre Namen für alle Zeiten auf der Ruhmestafel der Marine verzeichnet werden. Ehre ihrem Andenken! W i l h e l m R.“

Berlin, 12. Sept. Der Großherzog von Baden richtete an den Staatssekretär des Reichsmarineamts folgende telegammische Beileidskundgebung: „An dem schmerzlichen Verlust trefflicher Offiziere und Mannschaften der Marine beim Untergang des ersten Marineluftschiffes nehme ich tiefbetrübt wärmsten Anteil. Friedrich, Großherzog von Baden.“

London, 11. Sept. Die „Times“ schreiben zu dem Unglück des deutschen Marineluftschiffes „L. 1“: Es besteht kein Grund, das Unglück vor Belgien anders anzusehen, als einen regelrechten Betriebsunfall in der Luftschiffahrt. Wir haben noch keine Erfahrungen mit Luftschiffen, welche weite Strecken über die Meere zurücklegen. Sobald wir eine Luftflotte besitzen, werden wir gelegentliche Unfälle von derselben Art zu erwarten haben. — „Daily Telegraph“ schreibt: Man empfindet in England die rückhaltlose Teilnahme für die deutsche Nation und den Mummer über den Untergang der tapferen Leute. Das Unglück wird in Deutschland einen umso gewichtigeren Eindruck machen, als es sich ereignete, wo der unbedingte Erfolg nahe zu sein schien. Jedermann wird mit Deutschland empfinden, aber niemand erwarten, daß es seinen Eifer vermindert, auf dem Pfade fortzuschreiten, den es sich vorgezeichnet hat. — „Daily Chronicle“ schreibt: Die deutsche Nation wird die Teilnahme aller Völker haben. — Der „Standard“ schreibt: Nicht weniger als 14 tapfere Offiziere und Mannschaften der deutschen Wehrmacht haben die große Zahl der Opfer der Luftschiffahrt vermehrt. Alle Ehre gebührt ihnen und den anderen unerschrockenen Pionieren der neuesten praktischen Wissenschaft.

Kongresse.

Der 3. Deutsche Richtertag wurde am Freitag im Plenarsitzungs-Saal des Reichstagsgebäudes eröffnet. Staatssekretär Dr. Lisco sprach das Interesse der Reichsregierung an den Beratungen und den Beschlüssen des Richtertages aus, die ihm als wertvolles Material bei der künftigen Reform des Zivil- und Strafrechtes dienen würden. Als erster Referent sprach Regierungsrat Dr. Lobe über das Thema: „Wie ist den hauptsächlichsten Klagen des Volkes über den Zivilprozeß abuhelfen?“ — Nach sehr eingehender Erörterung des Zivilprozeßverfahrens wurde folgender Antrag angenommen: „Der deutsche Richtertag erkennt die Klagen des Volkes über das Zivilverfahren als berechtigt an. Als Abhilfe ist die Umgestaltung des Zivilprozeßverfahrens anzusehen.“ Ferner gelangten folgende Leitsätze zur Annahme: 1. Es ist von vornherein auf eine bessere Scheidung zwischen streitigen und nichtstreitigen Rechtsansprüchen Bedacht zu nehmen. Für letztere ist ein einfaches, schnelles und billiges Mahnverfahren obligatorisch zu machen. 2. Die vorbeugenden Mittel zur Verhütung von Prozessen sind auszubauen. 3. Bei dem landgerichtlichen Prozeßverfahren ist das Vorverfahren in geeigneten Fällen vor dem Einzelrichter und zur besseren Vorbereitung der Hauptverhandlung vor dem Kollegium einzuführen. 4. Der reformierte Eid ist durch die Verteidigung der Parteien zu ersetzen.

Der 21. Deutsche Anwaltstag begann am Freitag vormittag seine Beratungen im großen Saal des Kongresshauses in Breslau unter dem Vorsitz des Geh. Justizrats Dr. Haber aus Leipzig. Von den Ehrengästen begrüßte Geh. Regierungsrat Dr. Lucas die Versammlung namens des Staatssekretärs des Reichsjustizamts. Die Beratungen begannen mit einem Referat des Rechtsan-

Walt Dr. Max Friedländer über die Rechtsanwaltsordnung. — Der Anwaltsrat nahm nach längerer Debatte folgende Thesen des Referenten an: 1. Freizügigkeit. Solange die dringend zu wünschende einheitliche Regelung des Vorbildungs- und Prüfungswesens in Deutschland nicht erfolgt ist, kann auch die allgemeine Freizügigkeit, innerhalb des ganzen deutschen Reiches nicht eingeführt werden. Nach Erfüllung dieser Voraussetzung ist die Freizügigkeit anzustreben. 2. Lokalisierung. Der Grundsatz der Lokalisation (§ 8 Abs. 1 der Rechtsanwaltsordnung) ist beizubehalten. Befinden sich an einem Ort mehrere Landgerichte oder gehören Teile eines Ortes zu mehreren Landgerichten, so ist der bei einem dieser Landgerichte zugelassene Rechtsanwalt auf seinen Antrag auch bei den übrigen Landgerichten zuzulassen. 3. § 55 Ziffer 5 R.N.O. soll folgende Fassung erhalten: Die Zulassung muß verweigert werden, wenn der Antragsteller nach dem Gutachten des Vorstands der Anwaltskammer sich eines Verhältnisses schuldig gemacht hat, das ihn der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft unwürdig erscheinen läßt. Es empfiehlt sich dann folgende Ergänzungsvorschrift: Politische, wissenschaftliche und religiöse Ansichten und Handlungen als solche können die Verweigerung der Zulassung niemals rechtfertigen. 4. Straffsystem. Zwischen Verweis und 3000 M. Geldstrafe einerseits und Ausschließung von der Rechtsanwaltschaft andererseits ist eine Zwischenstrafe einzuführen. Die Suspendierung, d. h. die Ausschließung auf Zeit, ist als Strafmittel zu verwerfen. Die übrigen Thesen des Referenten wurden teils abgelehnt, teils zurückgestellt.

Der Deutsche Pfarrerrat faßte auf seiner in Dessau abgehaltenen Tagung folgende Entschliessung: „Der Deutsche Pfarrerrat lehnt grundsätzlich die Einführung der Vererbbarkeit der Geistlichen im Interesse des Dienstes ab.“ — Zur Frage der Neuordnung des Disziplinarverfahrens wurde beschlossen, die Erörterung der Frage auszusetzen, bis die Beschlüsse der dafür eingesetzten Kommission vorliegen. Die Angelegenheit soll auf dem nächsten Pfarrerrat noch einmal besprochen werden.

Der Bund der Industriellen nahm auf seiner Tagung in Leipzig zu dem Punkte „Monopolbestrebungen in der elektrischen Industrie“ folgenden Antrag an: „Der Bund Deutscher Industrieller richtet die dringende Bitte an die Reichsregierung und an die Bundesregierungen, den mit der öffentlichen Elektrizitätsversorgung Deutschlands zusammenhängenden Fragen, insbesondere der Erteilung von Konzessionen an Privatunternehmer dem Verkauf oder der Verpachtung kommunaler Elektrizitätswerke und der Errichtung sogenannter gemischtwirtschaftlicher Unternehmungen ihre volle Aufmerksamkeit zuzuwenden. Für die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt ist der Bezug billiger elektrischer Energie von der wesentlichsten Bedeutung. Die deutsche Industrie muß daher fordern, daß die öffentliche Elektrizitätsversorgung Deutschlands in erster Linie im Interesse der Allgemeinheit organisiert wird und daß Privatmonopole verhindert werden. Ebenso haben die elektrische Energie verbrauchenden Industrien ein erhebliches Interesse an einem ungehinderten Wettbewerb in der elektrotechnischen Fabrikindustrie und in den elektrotechnischen Installationsgewerben. Der Bund Deutscher Industrieller fordert deshalb die Reichsregierung und die Bundesregierungen auf, Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, allen Bestrebungen auf direkte oder indirekte Installations- und Materialmonopole bei öffentlichen Elektrizitätswerken in wirksamer Weise zu begegnen.“ — Zu der angeleglichen Mitgliedschaft des Zentralverbandes Deutscher Industrieller mit dem Bund der Landwirte und dem Reichsdeutschen Mittelstandsverband gab der Präsident der Tagung, Kommerzienrat Friedrichs, eine längere, mit einstimmigem starken Beifall aufgenommene Erklärung ab. Diese bezeichnet den Zusammenschluß als eine Schädigung der Industrie und schließt sich schließlich dahin aus: Man stehe mit tiefem Bedauern solchen Vorgängen gegenüber, wolle aber trotzdem die Hoffnung aussprechen, daß jenes seltsame Bündnis nicht von Dauer sein, sondern an seiner Unnatur zugrunde gehen werde.

Personalmeldungen. Der „Reichsanzeiger“ meldet: Der Kaiser verlieh dem Reichsgerichtsrat Richter Leipzig und dem ordentlichen Professor der philosophischen Fakultät der Universität Göttingen, Geh. Reg.-Rat Wollhausen den Kronenorden zweiter Klasse. Dem Ministerialrat und stellvertretenden Bevollmächtigten im Bundesrat, Siebeking-Berlin ist die nachgesuchte Entlassung aus dem Dienste des Reichslandes Elsaß-Lothringen erteilt worden; dem Oberverwaltungsgerichtsrat Wirkl. Geh. Oberregierungsrat Frowein-Berlin ist der Adel verliehen worden.

Die Volksstunde. Unter dieser Spitzmarke schreibt ein Mitarbeiter der „Berl. Sozialpol. Korr.“: 494 915 M. gingen am Sonntag in Hoppegarten durch die Wettmaschinen. Ich habe mir einmal die Wetter am „100 M. Toto“ genau angesehen, und ein hervorragender Kriminalist, der die Vorgänge auf der Renne immer beobachtet, hat mir dabei geholfen. Der erste Wetter, der im Erinnerungsrennen der Hengste 100 M. auf „Germanist“ setzte, war ein Handlungsführer. Da er sehr häufig auf den Rennen operierte, hat man sich nach seinen Personalien umgesehen. Er hat 175 M. Gehalt, und hat auch niemals defraudiert. Dann kam feuchend ein Wäckermeister aus dem Norden Berlins, sein Geschäft ging früher sehr gut, ist aber jetzt stark heruntergekommen. Ein Schmiedemeister, ein Handlungsagent der Vertreter einer Leinenfirma folgten mit Einfügen

von je 100 M. Ein Schneidermeister, dessen Einnahme auf 6000 M. geschätzt wird, nahm 2000 M. Tickets, und zwar auf den Sieger „Angelico“. Sind das nun Leute, die solche Summen sehen können, sagte mir mein Begleiter? Keiner kann 100 M. verschmerzen. — 14 Blut-taten sind in den letzten 14 Tagen in Berlin vorgekommen. Jeder Mörder hat auf den Rennplätzen sich bewegt. Die niedergeschossene Wadebesitzerin spielte mit ihrem Wademeister hoch auf den Rennplätzen.

* Ausland.

Paris, 12. Sept. Der Minister des Äußern hat bisher weder direkt noch indirekt aus Athen eine Bestätigung erhalten, daß der Ministerpräsident Venizelos anlässlich des Besuches des Königs Konstantin nach Paris kommen werde.

Tokio, 12. Sept. Japan stellt der St. Petersburg. Tel.-Ag. zufolge außer den Forderungen auf Bestrafung der Schuldigen und Zahlung einer Entschädigungssumme sowie Entschuldigun in Tokio noch die weitere Forderung, daß sich General Changjue bei dem japanischen Konsul in Hankow entschuldigt und mit seinen Truppen vor dem Konsulat desliert. Ungeachtet der Mäßigkeit der Forderungen, die der Einwirkung Englands zugesprochen werden, wird bezweifelt, daß Changjue sie erfüllt. — Dem Londoner „Daily Telegraph“ zufolge, verlangt Japan auch eine Verlängerung der Forderungen um drei Jahre.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 13. September.

Zur Eröffnung des neuen badischen Bahnhofs in Basel.

Unserer Mitteilung vom 12. d. M. über die Eröffnung des neuen badischen Bahnhofs in Basel tragen wir nach, daß bei dem Umbau von den Festteilnehmern ein Begrüßungstelegramm an den Großherzog abge-sandt wurde. Hierauf ging noch während des Festes folgendes Antworttelegramm ein:

„Finanzminister Reinboldt, Badischer Bahnhof Basel. Für das freundliche Gedenken der bei der offiziellen Bestätigung des neuen badischen Bahnhofs Versammelten, und insbesondere den Vertretern der eidgenössischen und kantonalen Behörden sage ich meinen aufrichtigsten Dank und bitte um Vermittelung desselben an die Anwesenden. Möchten die neuen Anlagen sich für beide Länder und die Stadt Basel bewähren.“
Friedrich, Großherzog.

Zu den Landtagswahlen schreibt der „Mannheimer Generalanzeiger“: „Die Mannheimer „Volksstimme“ gefällt sich seit 2 Tagen darin, die liberalen Parteien und deren Leitungen abzukanzeln, weil ihr in einigen Wahlkreisen die Auswahl der Kandidaten, die diese Parteien getroffen haben, nicht ganz gefällt. Da sie sich direkt an die nationalliberale Parteileitung wandte, und dieser eine „heftige“ Strafpredigt hielt, haben wir vorläufig geschwiegen in der bestimmten Erwartung, daß die Leitung der nationalliberalen Partei diese unangenehme Angelegenheit mit aller wünschenswerten Entschiedenheit und Schärfe zurückweisen würde. Es ist das leider bisher nicht geschehen und wir stehen nicht an, diese Zurückhaltung aufs lebhafteste zu bedauern und mit uns bedauern sie zahlreiche Parteifreunde, wie wir aus mündlichen Unterredungen und einer Reihe von Zuschriften wissen, in denen zum Ausdruck kommt, daß die unerträgliche Anmaßung dieses Organs ganz gehörig zurückgewiesen werden solle. Das ist auch unsere Meinung. Die nationalliberale Partei, ihre Leitung wie ihre Presse und ihre Organisation, erfüllen die von der Linken getroffenen Abkommen sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach mit allen Kräften und mit aller Loyalität, und so lange das geschieht, geht die Auswahl der Kandidaten unsere berechtigten Nachbarn und Freunde auf der äußersten Linken gar nichts an. Wenn sie am Verhalten der nationalliberalen Partei in Hinsicht auf die Abmachungen der Linken irgend etwas zu tabeln haben, so ist es ein einfaches Gebot des persönlichen wie des politischen Taktes, daß dieser Tadel zunächst einmal auf dem Wege einer Korrespondenz von Parteileitung zu Parteileitung ausgesprochen wird. Sollte man da auf Unloyalität oder bösen Willen stoßen, erst dann würde sich die „Flucht in die Öffentlichkeit“ rechtfertigen. Es ist uns und mit uns allen unseren Parteifreunden, mit denen wir die Angelegenheit besprochen haben, unerfindlich, daß die Mannheimer „Volksstimme“ diese selbstverständlichen Gebote in so grober Weise verletzt, und es ist uns umso unerfindlicher, als das sozialdemokratische Blatt sich sagen müßte, daß die Öffentlichkeit für seine Unziemlichkeiten nicht nur es selbst, sondern — mit Recht oder mit Unrecht — die Leitung der sozialdemokratischen Partei verantwortlich machen wird. Wir raten dem Blatte und den Autoren seiner taktlosen Kritiken an der nationalliberalen Partei dringend, ihre unerträglichen Schulmeisterereien einzustellen, es könnte sonst Augenblick kommen, wo die nationalliberalen Wähler trotz aller Loyalität und trotz allen guten Willens ihrer Parteileitung den getrockneten und geplanten Abmachungen nicht mehr gehorchen, sondern gründlich abschwören. Ob das der Sozialdemokratie, die genau das gleiche parteimäßige Interesse am einheitlichen Aufmarsch der Linken hat, wie die liberalen Parteien, besonders ange-nehm sein würde, die Frage mögen die „Volksstimme“ und ihre anmaßlichen Kritiker sich selbst beantworten.“
Es ist erfreulich zu sehen, wie hier ein nationalliberales Blatt endlich die sozialdemokratische Presse in ihre Schranken zurückweist. Red. d. Karlsru. Ztg.

oc. Schwefingen, 11. Sept. Die konservativ Partei, der Bund der Landwirte und diejenigen Bürger, die 1909 für die Kandidatur Karl eintraten, haben Bürgermeister Stephan von Altschheim im Schwefinger Wahlkreis als Landtagskandidaten aufgestellt.

oc. Achern, 11. Sept. Eine Vertrauensmänner-versammlung der vereinigten liberalen Parteien hat den Landwirt Johannes Heimberger in Ottersweier zum Landtagskandidaten im 33. Wahlkreis aufgestellt.

oc. Neustadt i. Schw., 11. Sept. Die Nationalliberale Partei wird lt. „Badischer Presse“ am kommenden Sonntag Prof. Dr. Reinhard Fischer aus Karlsruhe als Landtagskandidaten proklamieren. Die Fortschrittliche Volkspartei unterstützt diese Kandidatur.

** Aufgefundenes Geld. Es wurde aufgefunden: am 24. August im Zug 535 der Betrag von 11 M., abgeliefert in Lauda; am 24. August auf dem Bahnhof in Freiburg (Breisgau) ein Geldbeutel mit 10.11 M.; am 25. August auf dem Bahnhof in Donaueschingen ein Handtäschchen mit 1.85 M. und 1 Fr. 9 Cts.; am 25. August auf dem Bahnhof in Freiburg (Breisgau) der Betrag von 10 M.; am 29. August auf dem Bahnhof in Freiburg (Breisgau) der Betrag von 10 M.; am 31. August auf dem Bahnhof in Vörrach eine Geldtasche mit 1.39 M. und 6 Fr. 81 Cts.; am 1. September im Zug 1415 ein Geldbeutel mit 13.09 M., abgeliefert in Donaueschingen.

* Anlässlich der Eröffnung des neuen Personenbahnhofs Karlsruhe werden die Stationen bezw. Haltepunkte Karlsruhe-Mühlburger Tor, Karlsruhe-Mühlburg, Karlsruhe und Weierheim geschlossen und der neue, verlegte Haltepunkt Karlsruhe-Mühlburg eröffnet (s. Anzeige).

oc. Mannheim, 12. Sept. Im Alter von 86 Jahren ist die frühere langjährige Vorsitzende des Badischen Frauenvereins in Mannheim, Fr. Elise Gärtner, gestorben. Die Entschlafene war eine große Wohltäterin und machte sich besonders im 70er Krieg um die Pflege der verwundeten Soldaten verdient.

B.C. Schuttern, 12. Sept. Bei der Bürgermeisterwahl (für den verstorbenen Bürgermeister Hefinger) wurde Landwirt Johannes Kurz mit 124 Stimmen gewählt.

oc. Stodach, 11. Sept. Eine von sämtlichen Bürgermeistern, zahlreichen Gemeinderäten und Interessenten des Bezirks Stodach besuchte Versammlung beschäftigte sich mit der Einführung von Elektrizität in dem Bezirk Stodach. Es wurde beschlossen, mit einem Kraftwerk einen Vertrag abzuschließen, und hierbei dürfte Laufenburg in Betracht kommen.

Verschiedenes.

Wort, 12. Sept. Der Flieger Hans Lorenz stürzte mit seiner Maschine ab und war sofort tot. Die Maschine verbrannte teilweise.

Loer (Weissalen), 12. Sept. Hier sollte anlässlich der Jahrhundertfeier ein Gedenkstein errichtet werden. Der Stein war bereits auf das Postament gehoben. Gestern nacht wurde der Stein mit Dynamit in die Luft gesprengt. Man ist den Tätern auf der Spur.

Budapest, 11. Sept. An den gestern erkrankten sieben Personen ist Cholera asiatica festgestellt worden. Eine Person ist gestorben.

Wien, 12. Sept. In Marienbad wurde bei einer Frau Galsinska, der Gattin eines Arztes in Gratschenka (Kreis Tuzla in Bosnien), Cholera festgestellt. Sie ist seit dem 9. d. Mts. isoliert. Bereits vor dem Antritt ihrer Reise nach Marienbad war sie unter verdächtigen Erscheinungen erkrankt. Die erforderlichen Maßregeln sind getroffen worden.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydrodynamik vom 13. September 1913.

Während sich das Minimum über dem Nordmeer etwas verschiebt hat, haben sich die südwärts gerichteten Ausläufer weiter vertieft und sich zu einer umfangreichen selbständigen Depression ausgewachsen; infolgedessen ist auch weit nach Osten hin eine erhebliche Druckabnahme hervorgerufen und das gestern über Böhmen gelegene Maximum nach Polen und Siebenbürgen verdrängt worden. Da sich das Festland noch auf der Vorderseite des über Südbannland lagernden Minimums befindet, ist hier das Wetter meist heiter geblieben und nur in Frankreich war eine Zunahme der Bewölkung zu beobachten. Das stetige Fallen des Ortsbarometers deutet jedoch darauf hin, daß sich die Depression demnächst auch bei uns geltend machen wird; es muß deshalb mit trübem und späterhin kühlerem Wetter mit Regenfällen gerechnet werden.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe

September	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in mm	Regen-fall in mm	Wind	Witterung
12. Nachts 9 ^u II.	746.7	12.1	8.6	53	NO	wolkenlos
13. Morgs. 7 ^u II.	744.8	8.2	7.6	93	W	bedeckt
13. Mittags. 2 ^u II.	742.7	19.2	10.8	65	W	bedeckt

Höchste Temperatur am 12. September: 19.2; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 6.9.
Niederschlagsmenge, gemessen am 13. September, 7^u früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 13. September, früh: Schutterinsel 2.47 m, gefallen 8 cm; Rehl 3.19 m, gefallen 39 cm; Magon 5.07 m, gestiegen 7 cm; Mannheim 4.31 m, gestiegen 59 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.

Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

E. Büchle Kunsthandlung und Rahmenfabrik
Karlsruhe, Kaiserstraße 128 zwischen Wald- und Karlstraße
: Inh. W. Bertsch : Bildereinrahmungen

Pädagogium Karlsruhe. Ausbildung für alle Klassen bis Abitur.
Ruh. Lage zw. Bismarckstr. (69) u. Baischstr. (8). Nachmittags für Schüler hiesiger höher. Schulen Gelegenheit zur Lösung der Hausaufgaben unt. fachmännischer Aufsicht. Mäßige Preise. Eintritt jederzeit. Schmidt u. Wiehl, 1892—1907 Vorst. u. Inst. Fecht.

